

MOBILE JUGENDARBEIT

«Wir müssen die Jugend nicht abholen, sondern mit ihr mitgehen»

Eine Prise Jugendhäuser. Drei Prisen Repression. Die gängigen Rezepte in der Jugendpolitik sind veraltet. Die meisten Gemeinden hören mit ihrer Jugendarbeit noch immer dort auf, wo sie beginnen sollte: bei Facebook und McDonald's.

VON ADRIAN SOLLER (TEXT) UND URSULA HÄNE (FOTO)



«Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit»: Thomas Bollmann von der mobilen Jugendarbeit Winterthur (Mitte).

Vanilson Coimbra kramt sein iPhone hervor, lässt seine Finger über den Bildschirm gleiten, drei Sekunden nur, dann verschwindet es wieder in seiner Hosentasche. «Eine Freundschaftsanfrage», erklärt der sechzehnjährige Oberstufenschüler im Winterthurer Jugendtreff Gleis 1B.

95 Prozent der Schweizer Jugendlichen besitzen ein Handy, rund 60 Prozent haben über ihr Handy Internetzugang. So jedenfalls ist es in der James-Studie nachzulesen, einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Die Hochschule befragt alle zwei Jahre über tausend Jugendliche im Alter von zwölf bis neunzehn Jahren zu ihrer Mediennutzung.

Facebook ist unschuldig

Facebook boomt, das ist nicht neu. Schon eher neu ist, dass dieser Boom nun schuld sein soll an der Schliessung von Jugendtreffs. «Wegen Facebook: Junge bleiben Jugendtreffs fern», titelte «20 Minuten» kürzlich. Glaubt man Urs Kiener, dem Experten von Pro Juventute, mussten verschiedene Jugendtreffs in den Kantonen St. Gallen und Zürich wegen Facebook schliessen. «Die Jugendlichen verabreden sich heute öfter direkt per Handy oder Facebook, was den Gang in den Jugendtreff überflüssig macht», sagt Kiener im Artikel. Doch ist das wirklich so einfach?

Coimbra sagt: «Ich mache Facebook nebenbei, weisst du?» Er mache nicht weniger

andere Dinge wegen Facebook. Und die James-Studie sagt das Gleiche: Jugendliche nutzen mehrere Medien zeitgleich. Sie hören Musik, während sie SMS versenden, ein YouTube-Video ansehen oder auf Facebook mit FreundInnen chatten. Und: «Die neuen Medien haben kaum einen Effekt auf die Freizeitgestaltung der befragten Jugendlichen.» Rund achtzig Prozent geben in der Studie an, dass sie sich regelmässig mit FreundInnen treffen.

«Dass diese Jugendtreffs schliessen mussten, hat wohl verschiedene Gründe», sagt Ivica Petrusic, Geschäftsführer der Kinder- und Jugendförderung im Kanton Zürich. Zum einen sei es normal, dass es Abtauschbewegungen gebe. Ein Treff sei halt manchmal «in», manchmal «out». Zum anderen gebe es aber auch mehr kommerzielle Konkurrenz als früher – Bars, Cafés, Discos, Clubs.

Neue Möglichkeiten für Jugendliche schüren alte Ängste bei Erwachsenen. Die Angst vor Kontrollverlust veranlasst die Politik jüngst wieder zu Altbekanntem. Der Städteverband möchte Billigbier und Alcopops verbannen – und so das jugendliche Partytreiben eindämmen. Die Schweizer Städte schlagen eine Erhöhung der Polizeipräsenz vor und plädieren für ein Verkaufsverbot von Alkohol ab 22 Uhr. Selbst die Erhöhung des Mindestalters auf achtzehn Jahre für den Kauf von Bier und Wein ist wieder Thema. Petrusic sieht in solchen Repressionen vor allem eines: Überforderung.

Repressive Massnahmen sind meist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems. Es

würden immer mehr Menschen in der Schweiz leben, führt Petrusic aus. Und die Jugend sei es halt, die den öffentlichen Raum am meisten beanspruche.

Dass die Jugend von den Behörden regelmässig von öffentlichen Orten vertrieben werde, habe Folgen: Es gebe immer weniger Platz für immer mehr Jugendliche. «Da sind Probleme programmiert», sagt Petrusic.

Alleine mit dem Bau von neuen Jugendhäusern lösen die Gemeinden diese Probleme nicht. «Jugendliche brauchen auch Aussenraum für ihre Entwicklung», sagt Petrusic. Doch die meisten Gemeinden verstehen Jugendpolitik immer noch als Mischung von Repression und Jugendhäusern. Petrusic dazu: «Siebzog bis achtzig Prozent der Gemeinden machen immer noch eine sehr klassische Form von Jugendarbeit.»

Herkömmliche Jugendhäuser sind wichtig – doch es braucht heute mehr. Jugendarbeit muss dort passieren, wo die Jugendlichen sind. Denn: Die Jungen seien mobiler als früher, so Petrusic. Auch Vanilson Coimbra erklärt: «Immer in den Jugendtreff zu gehen, ist langweilig.» Es sei halt auch mal cool, irgendwo anders zu hängen – vor dem McDonald's oder gleich in Zürich.

Als Ergänzungen zu Jugendhäusern brauche es heute «aufsuchende Jugendarbeit», findet Petrusic. Auch der Bund sieht das so: Das neue Kinder- und Jugendförderungsgesetz, das seit Anfang Jahr in Kraft ist, stärkt die mobile Jugendarbeit auf nationaler Ebene (vgl. «Neues Gesetz fördert mobile Jugendarbeit»). Gestützt auf das Gesetz über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit kann das Parlament privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden Gelder zusprechen.

Die Mojawi vor der Migros

In einigen Städten gibt es schon seit Jahren aufsuchende Jugendarbeit. Beispielsweise in Winterthur: Die Mojawi (Mobile Jugendarbeit Winterthur) ist schon seit zehn Jahren von der Stadt beauftragt, Jugendarbeit auf der Strasse zu machen. Vier Jugendarbeitende sind dort, wo die Jugendlichen sind: vor der Migros, im Eulachpark – oder vor dem McDonald's. In Winterthur ergänzt die mobile längst die herkömmliche Jugendarbeit. «Weil wir die Jugendlichen an verschiedenen Orten besuchen, können wir ein enges Beziehungsnetz zu ihnen unterhalten», sagt Mojawi-Jugendarbeiter Thomas Bollmann. Das sei wichtig, ergänzt Bollmann, denn Jugendarbeit sei Beziehungsarbeit.

«Vor allem kleineren Gemeinden fehlt leider oft das Geld für solche Massnahmen», erklärt Petrusic. «Grundsätzlich innovativ» findet er deshalb Mojuga. Mojuga bündelt die Strassensozialarbeit im Auftrag von aktuell acht Gemeinden im Zürcher Oberland. Durch die Bündelung von Ressourcen können die Gemeinden ihren Jugendlichen eine breite Palette von Möglichkeiten anbieten: Jugendhäuser, Bauwagen, Wohnmobile, Projekte, Vernet-

zung – und JugendarbeiterInnen für die aufsuchende Sozialarbeit.

«Lieber viele kleine Projekte als ein grosses», erklärt Mojuga-Jugendarbeiter Aurel Greter, der für die Gemeinde Wetzikon verantwortlich ist. Unter Jugendlichen gibt es meist verschiedene Gruppen; besuchen die einen den Treff, komme die anderen nicht – und umgekehrt. «Je mehr Angebot es gibt, desto mehr Jugendliche können wir erreichen», sagt Greter. Es sei wichtig, viele Begegnungsorte zu schaffen. So steige nicht nur die Quantität seiner Arbeit – sondern auch die Qualität.

Jugendarbeit 2.0

Einen innovativen Ansatz für die Sozialarbeit wählt auch MJA, die mobile Jugendarbeit Basel: Sie will nicht nur im öffentlichen, sondern auch im virtuellen Raum mit den Jugendlichen sprechen. Für den Austausch mit der Jugend betreiben die JugendarbeiterInnen auch eine Facebook-Seite.

MJA-Mitarbeiter Ronny Zindel erklärt: «Den jungen Menschen, die wir auf der Strasse kennenlernen, geben wir unseren Facebook-Kontakt.» Wobei die JugendarbeiterInnen allerdings nicht ihren privaten Kontakt angeben, sondern die MJA-Facebook-Seite. Das sei eine wichtige Grundregel, sagt Zindel.

Auch sei in der digitalen Jugendarbeit ein eher passives Verhalten angebracht. Aktive Kommentierungen und Interessensbekundungen via «Like»-Taste seien zu vermeiden. Wenn Jugendliche aber kommentieren, antworten die JugendarbeiterInnen darauf. Unter Beachtung dieser wenigen Regeln sei die Onlinejugendarbeit eine wichtige Ergänzung. Im Gegensatz zu den Befürchtungen von «20 Minuten» sieht Zindel in Facebook eine grosse Chance.

Petrusic sieht neben Facebook und mobiler Jugendarbeit noch eine andere Möglichkeit, die Jugendarbeit agiler zu machen: die Zwischenraumnutzung. Nutzen die BesitzerInnen ihren Raum nicht, könnte er günstig an Jugendliche vermietet werden. Das passe gut, denn Jugendliche befänden sich auch in ihrer Entwicklung in einer Art Zwischenraum, sagt Petrusic. Moderne Jugendarbeit sollte eng mit Immobilienverwaltungen zusammenarbeiten. «Eine Zwischenraumbörse wäre sinnvoll», sagt Petrusic. Er findet: «Die Jugendarbeit muss noch offener werden.» Die Jugendarbeit solle so agil sein wie die Jugend selbst. Statt repressive Massnahmen einzuführen und Jugendhäuser zu bauen, sollten die Städte und Gemeinden ihre Jugendarbeit den gesellschaftlichen und technischen Fortschritten anpassen, so Petrusic. Denn: Die Jugendlichen seien es, die diese Fortschritte am schnellsten adaptieren. «Wir müssen die Jugend weder abholen noch irgendwo hinbringen. Wir müssen mit ihr mitgehen», ergänzt Petrusic.

«Ich gehe jetzt irgendwo anders abhängen, machs gut», sagt derweil Vanilson Coimbra, während es in seiner Hosentasche vibriert. Vielleicht eine Freundschaftsanfrage.

KINDER- UND JUGENDFÖRDERUNG

Neues Gesetz fördert mobile Jugendarbeit

Steuer-, Zivil- und Baurecht: Zu Beginn dieses Jahres traten viele neue Bundesgesetze in Kraft. Die meisten sorgten für Gesprächsstoff. Nicht so das neue Kinder- und Jugendförderungsgesetz, das seit Januar in Kraft ist. Dabei änderte sich durch dieses neue Bundesgesetz einiges. Das Gesetz, das die ausserschulische Jugendarbeit fördert, nimmt den Bund stärker in die Verantwortung – vor allem finanziell.

Auf dieses Gesetz gestützt kann das Parlament privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden mehr Bundesgelder zusprechen. Konkret will der Bundesrat während der nächsten fünf Jahre rund 2 bis 3,5 Millionen Franken zusätzlich in die ausserschulische Jugendarbeit investieren.

Mit dem Geld möchte die Regierung offene und innovative Formen der ausserschulischen Jugendarbeit fördern. Vor allem neue Projekte im Bereich der mobilen Jugendarbeit dürften profitieren.

Mit der Totalrevision des Jugendförderungsgesetzes aus dem Jahr 1989 will der Bund aber auch die gesetzlichen Grundlagen an die heutige Lebenswelt anpassen. Heute kommen die Jugendlichen aus verschiedenen Nationen,

leben in verschiedenen familiären Strukturen und sozialen Schichten. Migration, neue Technologien und wachsende Anforderungen der Lehrbetriebe haben das Umfeld der jungen Menschen in den vergangenen zwanzig Jahren verändert.

Heute ist Jugendarbeit vor allem Integrationsarbeit. Der neue Gesetzestext stützt sich deshalb stärker auf den Integrationsgedanken. Auch sollen die neuen Bestimmungen eine effektivere Präventionsarbeit ermöglichen. Und: Das neue Kinder- und Jugendförderungsgesetz zielt schon auf Kinder im Kindergartenalter ab.

Das Fundament dieser neuen gesetzlichen Leitplanken bildet die bundesrätliche Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. Der Bundesrat hat den entsprechenden Bericht im Sommer 2008 verabschiedet. In der Herbstsession 2011 einigten sich die beiden Parlamentskammern in den Details und traten auf die bundesrätliche Vorlage ein. Die Legislative folgte somit der Empfehlung der vorbereitenden Kommission. Nach Ablauf der Referendumsfrist ist die Vorlage nun rechtsgültig. Und das ohne grosses Medienecho.

ADRIAN SOLLER